

18.2.2006



„Institut der Regionen Europas“ – neues Tätigkeitsfeld von Landeshauptmann a. D. Franz Schausberger, hier bei einem Gespräch mit EuRegio-Vertretern. Bild: EuRegio

Sehr geehrter Herr Dr. Schausberger,

Sie haben letztes Jahr das „Institut der Regionen Europas“ gegründet? Kann eine solche Institution dazu beitragen, der allgemeinen Europa-Verdrossenheit entgegenzuwirken?

Sehr geehrte Frau Dr. Pichler,
Mein ganzes Engagement gilt seit zwei Jahren den Regionen Europas und zwar nicht nur innerhalb der EU. Die europäische Integration wird in Hinkunft nur Erfolg haben, wenn die regionale Identität und Kultur bestehen bleiben. Deshalb habe ich mich im Ausschuss der Regionen besonders bemüht, dass es im EU-Verfassungsvertrag zu einer Stärkung der Regionen und Kommunen kommt. Und das ist tatsächlich gelungen. Deshalb bedaure ich es sehr, dass der Verfassungsvertrag im Moment auf Eis liegt, er hätte für die Regionen viel Positives gebracht. Ich habe auch das „Institut der Regionen Europas“ gegründet, das vor allem das Netzwerk zwischen den Regionen, den regionalen Politikern, der Wirtschaft und Experten ausbauen und vor allem den neuen und künftigen EU-Mitgliedsstaaten beim Aufbau regionaler und kommunaler Selbstverwaltung helfen soll. Für die österreichische Ratspräsidentschaft wurde ich von der österreichischen Bundesregierung eingeladen, eine „Subsidiaritätskonferenz“ mitzugestalten, die zur Stärkung der Regionen beitragen soll. Viele Aufgaben, die mir sehr viel Freude machen.



Franz Schausberger, Landeshauptmann a. D., Gründer des „Institutes der Regionen Europas“. Bild: Wild & Team

Sehr geehrter Herr Dr. Schausberger,
was würde die angestrebte Stärkung der Regionen konkret bringen? Und was erwarten Sie persönlich von der Subsidiaritätskonferenz?

Sehr geehrte Frau Dr. Pichler,
Wenn die EU ein neues Gesetz plant, muss sie vorher die finanziellen und bürokratischen Auswirkungen auch auf die Regionen und Kommunen bekannt geben. Außerdem haben die Regionen schon frühzeitig die Möglichkeit, ihre Bedenken und Vorschläge einzubringen, etwa in der Verkehrspolitik oder im Umweltbereich. Das ist derzeit so nicht möglich. Von der Subsidiaritätskonferenz erwarten wir weitere konkrete Schritte zum Verfassungsvertrag, damit die erwähnten positiven Effekte auch für Salzburg zum Tragen kommen.